

10 Jahre AfD Ausgerechnet die Grünen profitieren von Gauland, Höcke und Co. am meisten

Seit ihrer Gründung vor zehn Jahren kämpft die AfD gegen den Linksruck in Deutschland an. Politisch erreicht hat die Partei jedoch etwas ganz anderes: Aufgrund ihrer Existenz kann so gut wie nicht mehr gegen die Grünen regiert werden.



Angela Merkel

„Die unter Angela Merkel sozialdemokratisierte und grün imprägnierte Union hat dagegen nicht nur Funktionäre und Mitglieder an die AfD verloren, sondern auch Wähler.“

Die AfD hat die politische Landschaft grundlegend verändert. Keine andere in der Bundesrepublik neu gegründete Partei war in so kurzer Zeit so erfolgreich wie sie. Bei der Bundestagswahl 2013 kam sie aus dem Stand auf 4,8 Prozent. Schon ein Jahr später zog sie mit 7,1 Prozent ins Europaparlament ein, vor der FDP mit 3,4. Heute hat sie im Bund ein stabiles Wählerpotential von zehn Prozent plus und ist in 15 von 16 Landesparlamenten vertreten.

In allen fünf östlichen Bundesländern ist die AfD mit zweistelligen Wahlergebnissen zweitstärkste Fraktion. Insgesamt ist die AfD, gemessen an Stimmen und Mandaten, stärker als die Freien Demokraten. Die sind nur in zwölf Landtagen vertreten und schnitten bei den letzten Landtagswahlen sogar in acht alten Ländern sowie in Berlin schlechter ab als die AfD.

Die alte Rangordnung gilt nicht mehr

Die AfD ist heute deutlich radikaler als in den Zeiten ihrer Gründung. Wobei gerne vergessen wird, dass auch ihr erster Spitzenmann, der Ökonomie-Professor Bernd Lucke, gegen die „Entartungen von Demokratie und Parlamentarismus“ zu Felde zog. Auch ließ der Anti-Euro-Fighter zu, dass ehemalige NPD-Leute und andere Rechtsradikale die AfD als neue politische Heimat betrachteten.

Von Anfang an schlug die AfD national-konservative Töne an, zunächst bei ihrem Kampf gegen den Euro, von 2015 an dann gegen die Aufnahme von Flüchtlingen. Heute dominieren völkische, ausländerfeindliche und rechtsradikale Parolen. Die Partei bietet sich den vermeintlichen Zukurzgekommenen als Patron im „Kampf gegen die da oben“ an, was in den neuen Ländern bei vielen Wählern ankommt.

Mit dem Aufkommen der AfD wurde die alte parteipolitische Ordnung ausgehebelt. Die beiden gro-



ßen Lager, das bürgerliche mit CDU/CSU und FDP und das linke mit SPD und Grünen, existieren nicht mehr, seit durch die Westausdehnung der in PDS umbenannten SED (heute: Die Linke) und der AfD aus dem Vier-Parteien-System ein Sechs-Parteien-System wurde. Erst musste – vereinfacht gesagt – Rot-Grün Stimmen an die PDS abgeben, dann Schwarz-Gelb an die Neuen am rechten Rand. Folglich sind die Grünen bei der SPD wie bei der CDU willkommene Koalitionspartner.

Dreier-Bündnisse statt Rot-Grün oder Schwarz-Gelb

Mit dem Auftauchen der AfD gilt die alte Farbenlehre nicht mehr. Nur zwei Bundesländer (Hamburg und Niedersachsen) werden noch von Rot-Grün regiert, kein einziges mehr von Schwarz-Gelb. Lediglich Bayern mit seiner Koalition aus CSU und Freien Wählern fällt noch in die Kategorie „bürgerlich regiert“. Sieben Länder müssen heute von Dreier-Bündnissen regiert werden, weil andere Mehrheiten unter Ausschluss der AfD nicht mehr möglich sind. Die Gewissheit von einst, „große Koalition geht immer“, ist längst widerlegt. In vielen Ländern sind die einstigen Großen für Zweier-Bündnisse zu klein geworden.